

BGer 6B 684/2019 vom 17. Juni 2019

Bundesgericht, 2019-06-17, DE

Quelle: https://mcp.opencaselaw.ch/entscheid/bger_6B_684_2019

FR: TF 6B 684/2019 du 17 juin 2019

IT: TF 6B 684/2019 del 17 giugno 2019

Regeste

Einstellung (unrechtmässiges Vereinnahmen von Mietzinsen); Nichteintreten | Strafprozess

Erwägungen

E. 1

Die Staatsanwaltschaft Bern-Mittelland stellte das vom Beschwerdeführer angestrebte Strafverfahren am 16. April 2019 ein. Auf eine dagegen gerichtete Beschwerde trat das Obergericht des Kantons Bern aus formellen Gründen mit Beschluss vom 9. Mai 2019 nicht ein. Der Beschwerdeführer wendet sich an das Bundesgericht.

E. 2

Gemäss Art. 42 Abs. 2 BGG ist in der Beschwerdebegründung in gedrängter Form darzulegen, inwiefern der angefochtene Akt Recht verletzt. Die Begründung muss sachbezogen sein und sich auf den Streitgegenstand beziehen und beschränken; die beschwerdeführende Partei hat in gezielter Auseinandersetzung mit den für das Ergebnis des angefochtenen Entscheides massgeblichen Erwägungen plausibel aufzuzeigen, welche Rechte bzw. Rechtsnormen die Vorinstanz verletzt haben soll (BGE 140 III 86 E. 2 S. 88 f.; 140 III 115 E. 2 S. 116).

E. 3

Der Beschwerdeführer befasst sich vor Bundesgericht ausschliesslich mit der materiellen Seite der Angelegenheit, welche nicht Gegenstand des Verfahrens vor Vorinstanz bildete und mit welcher sich das Bundesgericht folglich nicht befassen kann. Sein Hinweis auf neue Tatsachen in der Sache ist unzulässig (Art. 99 BGG). Zu den formellen Gründen, aus welchen die Vorinstanz auf das kantonale Rechtsmittel nicht eingetreten ist, äussert sich der Beschwerdeführer hingegen mit keinem Wort. Seine Beschwerde genügt den Begründungsanforderungen von Art. 42 Abs. 2 BGG nicht. Daraus ergibt sich nicht, inwiefern die Vorinstanz mit ihrer Nichteintretensverfügung geltendes Recht im Sinne von Art. 95 BGG verletzt haben könnte. Auf die Beschwerde ist im Verfahren nach Art. 108 BGG nicht einzutreten.

E. 4

Auf eine Kostenaufgabe kann ausnahmsweise verzichtet werden (Art. 66 Abs. 1 BGG). Das Gesuch um unentgeltliche Rechtspflege wird gegenstandslos.

Export aus OpenCaseLaw (CC0). Verbindlich ist allein der vom erlassenden Gericht veröffentlichte Originaltext. Quellen-URL siehe oben.